

### *Politischer Kurzbericht*

## **Enttäuschung in Bosnien-Herzegowina – Erleichterung in Serbien Entscheidung im Völkermord-Prozess gegen Serbien**

„Die Wahrheit wird in Den Haag geschrieben“ ist eine unter den Bürgern Bosnien-Herzegowinas (BuH) weit verbreitete Hoffnung. Hiermit sind die Urteile in Gerichtsprozessen gemeint, die sowohl vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) als auch vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verhandelt werden. Die Gerichte sollen beurteilen, wer Täter und wer Opfer, wer Gewinner und Verlierer des Krieges war, der zwischen 1992 und 1995 in Bosnien-Herzegowina herrschte. Doch während die Entscheidungen des ICTY auch schon in der Vergangenheit zu Enttäuschungen geführt haben, wurde nun mit dem Urteil des IGH abermals das Vertrauen der Mehrheit der Bürger Bosnien-Herzegowinas in die Internationale Gemeinschaft und ihr Handeln erschüttert.

14 Jahre nach Einreichen der Klage der damaligen Republik Bosnien-Herzegowina gegen das ehemalige Jugoslawien und ein Jahr nach dem Beginn der Verhandlungen in Den Haag, wurde der Urteilsspruch gestern, am 26. Februar 2007, verkündet. BuH hatte sich in dieser Klage auf die *UN-Konvention über Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* von 1948 berufen. Erstmals hatte der IGH über die Anwendung dieser Konvention zu urteilen.

Die 15 Richter des IGH sprachen Serbien des Völkermordes frei. Serbien als Rechtsnachfolger Jugoslawiens habe weder einen Völkermord begangen, noch ihn mitgetragen oder ermutigt. Auch konnte nicht festgestellt werden, dass es neben Srebrenica einen Völkermord in BuH gegeben habe. Während die Richter das Massaker an etwa 8.000 Menschen im Juli 1995 in Srebrenica (ebenso wie der ICTY) als Genozid verurteilten, lasteten sie diese Tat der Armee der bosnischen Serben an. Belgrad habe diese Armee nicht durch seine Organe und Personen instruiert noch könne bewiesen werden, dass Serbien in einer Verschwörung involviert gewesen sei noch die bosnischen Serben zum Völkermord in Srebrenica angestiftet habe. Das Gericht erklärte Serbien jedoch für Schuldig, die Verpflichtung aus der Konvention, den Völkermord zu verhindern, im Falle von Srebrenica verletzt zu haben. Auch würde Serbien noch heute gegen die Konvention verstoßen, in dem es den des Völkermordes angeklagten Ratko Mladić nicht an das ICTY ausliefere.

Während die Rechtsexperten aus Bosnien-Herzegowina von einer konservativen und strengen Auslegung der Konvention sprechen fühlt sich die Mehrheit der Bürger BuHs betrogen. Zum zweiten Mal habe die Internationale Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina versagt. Das erste Mal habe sie versagt, indem sie der Gewalt, den Morden und der Zerstörung kein Ende gesetzt habe und nun habe sie ein zweites Mal versagt, indem sie die Schuldigen nicht zur Rechenschaft ziehe. Das Urteil habe keine Klarheit gebracht: Individuen seien für die Kriegsverbrechen und den Völkermord verantwortlich und der Staat verstecke sich hinter diesen. Das Urteil habe daher kein Zeichen gegen Völkermord gesetzt und führe nicht zur Weiterentwicklung des internationalen Rechtes.

## Reaktionen aus Bosnien-Herzegowina:

Nebojša Radmanović (Präsident der Präsidentschaft von BuH – serbisches Mitglied): *„Dieses Urteil wird sicherlich eine Reihe von enttäuschten Reaktionen in ganz Bosnien und Herzegowina auslösen und die Spannungen verstärken, egal was man nach dem Urteil fühlt. Dies bestätigt meine frühere These, dass das Vertrauen in BuH und außerhalb von BuH nicht durch Klagen oder Urteile aufgebaut werden kann, sondern mit anderen Mitteln.“*

Haris Silajdžić (Mitglied der Präsidentschaft von BuH – bosniakisches Mitglied): *„Das bedeutet, dass es anfänglich sicherlich auch Spannungen geben wird, aber dieses Urteil wird, wie fraglich es auch immer sein mag, helfen, in dieser Region eine gewisse Ordnung einzuführen. Ohne eine richtige Interpretation der Vergangenheit – und heute haben wir das Urteil bekommen – kann die Zukunft in der Region nicht aufgebaut werden. Also, um es noch einmal zu wiederholen: Das Gericht hat tatsächlich befunden, dass Serien und Montenegro die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verletzt haben und die Verantwortung dafür übernehmen müssen – rechtlich, politisch, moralisch und materiell.“*

Željko Komšić (Mitglied der Präsidentschaft von BuH – kroatisches Mitglied): *„Ich bin enttäuscht. Außerdem weiß ich nicht, was zu so einem Urteil des Gerichtshofes geführt hat, es ist auch nicht meine Aufgabe zu kommentieren, ob es der Mangel an Beweisen war oder eine schlechte Einschätzung, ... . Ich werde diese Gelegenheit wahrnehmen um zu sagen, dass der größte Völkermord 1992 in Bosnien und Herzegowina begangen wurde.“*

Milorad Dodik (Premierminister der RS): *„Ich lehne jegliche Verantwortung der Republika Srpska, deren Institutionen, und insbesondere des serbischen Volkes ab, die hier ausgesprochen werden. In diesem Sinne bin ich der Meinung – egal welche Autoritäten die Aussagen verlautbaren – dass es sich hier nicht um Völkermord gehandelt hat, dass dieser Völkermord weder geplant noch ausgeübt wurde.“*

Milan Jelić (Präsident der RS): *„Diese Botschaft, die aus dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag kam, bedeutet einfach, dass wir aufhören müssen, die Rhetorik der Aggression, des Völkermords, der Opfer, der Besiegten, der Sieger etc. zu verwenden. Natürlich ist das Ziel, gute Beziehungen insbesondere zwischen der Föderation BuH und der Republika Srpska aufzubauen.“*

Sulejman Tihić (Vorsitzender der SDA): *„Ich war in Gefängnissen in Belgrad, in Batajnica, in Sremska Mitrovica. Ich weiß, dass es Völkermord war, was passiert ist und wer die Verantwortung trägt, aber der Gerichtshof verlangt leider mehr.“*

Božo Ljubić (Vorsitzender der HDZ 1990): *„Der Gerichtshof hat die Entscheidung auf Grund der Tatsachen getroffen, die ihm Kläger und Angeklagte präsentiert haben. Von diesem Standpunkt war es auch nicht zu erwarten, dass der Gerichtshof jetzt die absolute Wahrheit herausfinden würde. Aber auf jeden Fall ist das ein Schritt auf dem Weg zur Wahrheit.“*

## Reaktionen aus der Region:

In **Serbien** herrscht Erleichterung. Es sei nun von der schwersten Anklage seiner Geschichte befreit. Boris Tadić, der Serbische Präsident, rief noch am selben Tag zu einer Srebrenica-Erklärung durch das Parlament und die Auslieferung Mladic's auf. Gegen die Verpflichtungen der Zusammenarbeit mit dem ICTY zu arbeiten, bedeute gegen die Zukunft Serbiens zu arbeiten. Der serbische Ministerpräsident Vojislav Kostunica hob die Bedeutung des Freispruchs hervor und versprach weitere Anstrengungen zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem ICTY.

In **Montenegro** herrschte ebenfalls Erleichterung über das Urteil, dass es keine Verantwortung für Verbrechen in Bosnien-Herzegowina trage. Filip Vujanovic, der Präsident Montenegros erklärte, Montenegro habe bereits sein Bedauern über die Verbrechen in Srebrenica ausgedrückt und diese als Völkermord eingestuft. Montenegro stehe hinter der Bestrafung und Auslieferung von erwiesenen Kriegsverbrechern.

**Kroatien** hat selbst 1999 eine Klage gegen Serbien beim IGH eingereicht. Das Gericht muss noch seine Zuständigkeit erklären. Der kroatische Präsident Stipe Mesic sagte, das juristische Team würde vor der Fortsetzung der eigenen Bemühungen das Urteil analysieren. Kroatische Rechtsexperten sehen eine hohe Schwelle in der vorliegenden Definition von Völkermord.

Die Reaktionen auf das Urteil in der Bevölkerung BuHs zeigen, dass die Wunden der Vergangenheit noch lange nicht verheilt sind und eine profunde Auseinandersetzung mit allen Dimensionen der Vergangenheit nicht erfolgt ist. Gleichzeitig zeigen die Statements der politischen Verantwortlichen BuHs die tiefen Differenzen in ihrer Einschätzung der Ereignisse der Vergangenheit. Während das Urteil eine Chance für die Region bildet, Fortschritte für Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu erreichen – ohne dass die erdrückende Last der Völkermords-Verantwortung auf einem Staat und einem Kollektiv lastet, offenbaren die Reaktionen der Politiker BuHs die tiefen Gegensätze im Land.

So kann die Beurteilung, was Wahrheit und was Unwahrheit war, nicht allein aus Den Haag kommen, sondern muss durch Kooperation und Offenheit in Bosnien-Herzegowina und in der Region angestrebt werden. Es ist zu wünschen, dass das Urteil seinen Beitrag zur Versöhnung leistet und die Bürger Serbiens, Montenegros, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas die Kraft aufbringen, sich mit den verschiedenen Dimensionen der Kriege und Bürgerkriege der 90er Jahre intensiv auseinander zu setzen.

*Dr. Christina Catherine Krause  
Sarajevo, 27. Februar 2007*